

Öffentlicher Teil

Auszug aus der Niederschrift

der 6. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 26.08.2015

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand	Dienststelle
4.1.	15/0215	Eingabe gemäß § 24 GO NRW; Verfahrensweise bei ordnungsamtlichen Bestattungen - Gräberfeld für 'Unbedachte'	BRB, FB 1, FB 3

Der Bürgermeister erläuterte zunächst den Sachverhalt bezüglich des eingebrachten Antrages. Bezogen auf die derzeitige Haushaltslage (Haushaltssicherungskonzept) führte der Bürgermeister aus, dass diesem Wunsch haushaltsrechtlich nicht entsprochen werden kann, dieser Mehraufwand von rd. 600 € pro Bestattung als freiwillige Ausgabe anzusehen ist. Daher kann dies so nicht in den Haushalt eingestellt werden, da ansonsten im Bereich der freiwilligen Ausgaben entsprechende Einsparungen/Kürzungen vorgenommen werden müssten. Der Unterausschuss hat daher empfohlen, diese Thematik in den zuständigen Kulturausschuss zu verweisen, um dort über eventuelle Lösungsmöglichkeiten zu beraten. Dieser Empfehlung ist mit einer 1-Nein-Stimme und 5 Ja-Stimmen entsprochen worden.

Frau Jung erläuterte, warum sie im Unterausschuss mit Nein gestimmt habe. Aufgrund der mehr als angespannten Haushaltslage sehe sie keine Möglichkeit, hier eine für alle Seiten akzeptable Lösung zu finden. Des Weiteren vertrat sie die Auffassung, dass aufgrund der Gesetzeslage die derzeitige Handhabung durch die Verwaltung völlig ausreichend ist. Sie habe daher dagegen gestimmt, dass sich der Kulturausschuss mit dieser Thematik befasst und hätte sich gewünscht, dass dies heute abschließend entschieden worden wäre.

Herr Knülle führte u.a. aus, dass aus seiner Sicht haushaltspolitische nichts zu machen sei und er es bedauere, dass es eben aufgrund des Haushaltssicherungskonzeptes hier zurzeit keine Möglichkeit gesehen wird, hier etwas zu unternehmen. Weiterhin vertrat er die Auffassung, dass die Verweisung in den Kulturausschuss richtig sei, um dort vielleicht nach kreativen Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

Herr Metz erläuterte kurz, warum er die Verweisung in den Kulturausschuss für richtig halte. Denn dort könne man eingehend alle Fragen bezüglich vorgeschriebener Bestattungsart, Gebührenkalkulation etc. beraten und erörtern.

Herr Schell führte aus, dass aus seiner Sicht dies im Kulturausschuss beraten werden sollte, um hier vielleicht eine Lösung zu finden, die den städtischen Haushalt nicht belasten würde.

Frau Schmidt schloss sich in ihren Ausführungen den Aussagen ihrer Vorredner an.

Herr Schmitz-Porten wies auf die Möglichkeit einer Bürger-Stiftung hin. Der Bürgermeister führte hierzu aus, dass im Unterausschuss auch die Anregung der Einrichtung eines Spendenkontos angesprochen worden sei.

Dann stellte der Bürgermeister die Empfehlung des Unterausschusses, die Thematik in den Kulturausschuss zu verweisen, zur Abstimmung.

Ergebnis:

16 Ja-Stimmen

1 Nein-Stimme

Damit ist diese Empfehlung zur weiteren Beratung an den Kultur, Sport- und Freizeitausschuss des Rates verwiesen.

